

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Michael Billen, Ellen Demuth, Dr. Christoph Gensch, Horst Gies und Christine Schneider (CDU)

Zoologische Gärten in Rheinland-Pfalz

Zur Umsetzung der Biodiversitätsstrategie gilt seit 1. Januar 2015 europaweit die EU-Verordnung 1143/2014 über die „Prävention und das Management der Einbringung und Ausbreitung invasiver gebietsfremder Arten“. Die EU-Kommission hat im Nachgang zur EU-Verordnung 1143/2014 am 4. Februar 2016 die dazugehörige EU-Durchführungsverordnung (2016/145) veröffentlicht. Die Verordnung verbietet gemäß Artikel 7 die Einbringung in das Gebiet der Union, Haltung, Züchtung, den Transport, Verkauf, Erwerb oder Tausch sowie das Freilassen in die Umwelt von invasiven gebietsfremden Tier- und Pflanzenarten mit unionsweiter Bedeutung.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welche Ziele verfolgt die EU-Verordnung 1143/2014 und welche Auswirkung hat diese auf die Haltung von Tieren bzw. bestimmten Tierarten in zoologischen Gärten in Rheinland-Pfalz?
2. Wird der Artikel 8 Absatz 1 der EU-Verordnung 1143/2014 auf mitgliedstaatlicher oder regionaler Ebene erfolgen (Genehmigungssystem für ex situ-Erhaltung in zoologischen Gärten)? Wenn ja, in welcher Zeitschiene?
3. Wird sich die Landesregierung dafür einsetzen, dass bei der Umsetzung der EU-Verordnung Ausnahmeregelungen für anerkannte Zoos aufgenommen werden, die weiterhin eine artgerechte Haltung der auf der Artenliste genannten potenziell invasiven gebietsfremden Tier- und Pflanzenarten ermöglicht?
4. Wird sich die Landesregierung dafür einsetzen, dass sowohl die Antragstellung für eine Ausnahmeregelung als auch die damit verbundenen Auflagen zur Haltung invasiver Tier- und Pflanzenarten verhältnismäßig bleiben?
5. Wird sich die Landesregierung im Bundesrat dafür einsetzen, dass in Zukunft eine mögliche Änderung der Liste potenziell invasiver gebietsfremder Tier- und Pflanzenarten nach fraglichen Grundsätzen in enger Abstimmung mit den betroffenen zoologischen und botanischen Gärten erfolgt?

Michael Billen, Ellen Demuth, Dr. Christoph Gensch, Horst Gies und Christine Schneider